

Trier, den 05.05.11

Keine Ton- und Bildmitschnitte mehr im Rat

Seit den frühesten Zeiten ist Politik auf Gemeinschaft hin angelegt. Wie schon Aristoteles feststellte, richtet der Mensch als „zoon politicum“ sein politisches Handeln auf die Gestaltung seiner Kommune, die in Form einer „polis“, eines eng umgrenzten Stadtstaates, entsteht. Wer hier nicht kooperiert, der gilt als unkultiviert und als „barbarisch“, was jedermann allein schon in Bezug auf seinem eigenes Handeln erkennen und beurteilen kann.

Dass gewählte Volksvertreter heutzutage untereinander und insbesondere sogar in ein und derselben politischen Gruppierung die Zusammenarbeit boykottieren und aufkündigen, ist eine neue Qualität, die den modernen Begriff der Demokratie auf die Probe stellt. Ein wesentliches Kriterium demokratisch legitimierten Agierens ist die Einbeziehung des sogenannten „Souveräns“, d.h. des gemeinschaftlichen Willens des Volkes, der sich in freien und allgemeinen Wahlen zum politischen Ausdruck bringt. Die so gewählten „Volksvertreter“ repräsentieren im Rat danach nicht nur ihren eigenen Willen als Privatperson, wenngleich sie in ihren politischen Entscheidungen in der Tat nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, sondern vor allem repräsentieren sie auch den Willen des Souveräns, politische Aspekte der Gestaltung einer Kommune zum entscheidenden Ausdruck zu bringen. Dieser Aspekt gilt unabhängig von der jeweiligen politischen Gruppierung oder Partei, weshalb er auch nicht eingeschränkt werden kann, ohne demokratische Strukturen zu verletzen. Politische Mandatsträger/innen formulieren und entscheiden nämlich die Belange ihrer Kommune gemeinschaftlich. Ihre demokratische Legitimation liegt gerade darin, dies (repräsentativ, stellvertretend) tun zu dürfen – aber auch darin, dies tun müssen, weil sie es selber so wollten.

Problematisch wird politisches Handeln jedoch immer dann, wenn die unterstellte „Gemeinschaft“ nicht in Sicht ist oder bewusst verstellt wird. Dies kann auf sehr unterschiedlichen Ebenen der Fall sein, so dass demokratisches Handeln nie a priori vorweg als gegeben erscheint, sondern lediglich als Resultat und als aufgegeben in Erscheinung tritt. Wir leben somit nie in einer „Demokratie“, sondern nur in einer „Agitationsgemeinschaft“, die bestenfalls demokratische Handlungsstrukturen zu entfalten in der Lage ist und erst dadurch – quasi „beim Tun“ selbst – seine politische Rechtfertigung erlangt. Mit anderen Worten: Es besteht jederzeit auch die Möglichkeit an seinem eigenen Tun – individuell wie kollektiv – zu scheitern! Das gilt für den einzelnen Politiker ebenso wie für die gesamte Gemeinschaft, die demokratische Strukturen (auch insgesamt) verfehlen kann. Wachsamkeit ist darum nicht erst seit Platons „Staat“ eine demokratische Tugend.

Beispiele für politische Misserfolge gibt es genug: Die Linke in Trier „zerlegt“ sich selbst, das Ampelbündnis in Trier „überlebt“ sich, Anträge oder Verwaltungsvorlagen werden „abgelehnt“ oder sie werden zuvor – vor einer drohenden Niederlage – taktisch „zurückgezogen“, weil die „Mehrheiten“ plötzlich fehlen, die letztlich alleine den Willen des „Souveräns“ hätten auszudrücken vermögen können. „Demokratisch“ an diesem Prozedere ist, dass solche abgelehnten „Entscheidungen“ eines Rates anschließend nicht mehr von der Verwaltung umgesetzt werden (sollen) und somit nicht mehr gestaltend auf die Realität einer vor- und aufgegebenen Gemeinschaft einwirken (können). Oftmals werden vom Rat verabschiedete Beschlüsse aber auch ohne, dass die Gründe dafür noch einmal ausführlich im Rat diskutiert worden wären, (willkürlich) verschleppt und nicht umgesetzt, was politisch zumindest fragwürdig ist, worüber man in Kürze jedoch ein Lied singen kann.

Dennoch gibt es auch Beispiele, die, obwohl sie zunächst einmal im Rat abgelehnt oder zurückgezogen wurden, dennoch weiter Einfluss auf das aktuelle politische Tun der Mandatsträger/innen ausüben, entweder weil sie an anderer, höherer Stelle entschieden werden (Land, Bund und andere Institutionen) oder weil sie dennoch weiteren Anlass zur politischen Agitation vor Ort geben. Nur im letzteren Fall bleibt - wie gesagt - weiterhin abzuwarten, ob die zu fällenden Entscheidungen letztendlich einem demokratischen Kriterium standzuhalten vermögen, für das kommunale Mandatsträger/innen gemeinschaftlich verantwortlich sind.

Nun könnte ein politisch unbedarfter Geist auf die schlichte Idee kommen, dass im Rat, solange alles nach mehrheitlichen Entscheidungen gefällt würde, alle Entscheidungen auch einen „demokratischen“ Charakter an sich hätten. – Das stimmt aber keineswegs so pauschal!

So ist es dennoch zutiefst „undemokratisch“, wenn vom „Souverän“ gewählte Mandatsträger/innen – obwohl verwaltungsrechtlich legitim (!) – von ihrer Informationsbeschaffung, die in sogenannten „Dezernatsausschüssen“ stattfindet, explizit ausgeschlossen werden, weil sie dort „keinen Sitz“ erhalten „sollen“! Dies ist eine aktive und „gemeinschaftliche“ Willensäußerung der Mehrheit der Mandatsträger/innen, die jederzeit auch anders entschieden werden könnte, würden die einzelnen Mandatsträger/innen ihrer Verantwortung vor dem „Souverän“ gerecht werden und nicht nur ihrem eigenen politischen Vorteilskalkül! Die „Sitzverteilung“ für die verschiedenen Dezernatsausschüsse werden formal von allen Mandatsträger/innen im Rat per Beschluss entschieden und mitgetragen, obwohl hier das demokratische „Mehrheitsprinzip“ nicht zur Anwendung gelangt, sondern nur ein rein statistisches Verhältniskalkül nach Hare-Niemeier. Es genügt demnach, im konkreten Falle des Rates der Stadt Trier im Jahre 2011, um ein Platz in einem Ausschuss legitim belegen zu können, eine „Mehrheit“ von nur zwei Stimmen (von insgesamt 56)! Die Personen, die für einen Dezernatssitz vorgeschlagen werden können, müssen formal nicht einmal Stadträte sein, sondern können politisch engagierte Bürger/innen sein. – Vor diesem Hintergrund ist es natürlich wiederum recht fragwürdig, dass demokratisch gewählte Stadträte/innen in den Dezernatsausschüssen außen vor bleiben, während jeder beliebige, politisch engagierte Bürger hineingewählt werden kann und von den Fraktionen auch hineingewählt wird. Das geschieht, ohne dass das angewandte Verteilungskalkül darauf Rücksicht nimmt, allen gewählten Ratsmitgliedern auch die Möglichkeit optimaler Mitarbeit an den Entscheidungsfindungsprozessen im Rat zu geben.

Die Linke Stadträtin Katrin Werner (MdB) hatte auch vor diesem Hintergrund auf der Ratssitzung am 14.04.2011 zwei Genossen ihrer eigenen Liste mit der „einen Stimme“ des NPD-Vertreterers im Stadtrat, Safan Babic, durchbekommen, weil sie als Vertreterin einer politischen Gruppierung befugt war, eine eigene Liste aufzustellen. Ein „Einzelmandatsträger“, wie ich, der keiner politischen Gruppierung angehört, hat nicht einmal die Möglichkeit, sich selbst im Rat für einen Dezernatssitz ins „politische Spiel“ einzubringen: Ich durfte mich nicht einmal selber vorschlagen! Dadurch bin ich von vorneherein (a priori) von der politischen Informationsbeschaffung durch Verwaltungsgremien und von den entscheidenden Meinungsbildungsprozessen der anderen Fraktionen im Rat ausgeschlossen. Selbst als politisch interessierter „Gast“ bei den Dezernatssitzungen kann ich nicht das von unserer Verfassung garantierte politisch „freie Wort“ ergreifen, dessen sich alle Demokratien im Gegensatz zu Diktaturen so sehr rühmen! „Zuhören“ und untätig „zugucken“ sind die rein passiven Eigenschaften, die einem „Einzelmandatsträger“ von den anderen Mandatsträger/innen demokratisch legitimiert und aktiv zugesprochen bzw. zwangsweise auferlegt werden. Mit anderen Worten: Demokratisch gewählte (parteilose) Einzel-Entscheidungsträger/innen werden von ihren eigenen Kollegen/innen im Rat zur politischen Untätigkeit verurteilt, nur weil sie nicht einer ihrer

eigenen Fraktionsparteien angehören! – Das nenne ich „demokratische Toleranz“ der aller ersten Güte – oder schlichtweg und besser ausgedrückt: ein „demokratisches Missverständnis“!

Erschwerend kommt noch hinzu, dass Katrin Werner (MdB) als Linke erst nach massiver Intervention des Oberbürgermeisters am 14.04.2011 ihre eigene Wahlliste im Rat zurückzog und erst nach einem längerem Gespräch mit ihren Genossen, die bereits durch die Stimme der NPD gewählt und bestätigt waren, den Weg für eine Neuwahl freigemacht hatte, indem die Genossen auf ihre Sitze in den Ausschüssen freiwillig verzichteten! Den doppelten Skandal dieser Situation muss man sich einmal in Ruhe vergegenwärtigen: Da lässt eine Linke Politikerin, die zugleich Mitglied im Deutschen Bundestag ist, ihre Genossen durch eine Stimme der NPD in die Dezernatsausschüsse des Rates der Stadt Trier einziehen, um dann – bei klarem Bewusstsein dieser absurden politischen Situation – ihre „frei gewählten“ Genossen wiederum „freiwillig“ – jetzt aber mit dem Zwang zur „politischen Korrektheit“ – auf die soeben erworbenen Ausschusssitze verzichten!

Dagegen herrschte wiederum große Einigkeit in der Mehrheit des Rates am 14.04.2011, den Antrag eines Einzelmandatsträgers im Einzelfall auch abzulehnen. Die Protokolle der Sitzungen des Ältestenrates müssen nach wie vor überhaupt nicht weitergegeben werden, wie im Antrag aber gefordert wurde, obwohl im Ältestenrat entscheidende politische Weichen z.B. in der zweiten Abstimmung des Haushaltes der Stadt Trier 2011 verhandelt worden sind, dies es allgemein zu Wissen gilt. Ebenso wenig müssen die Protokolle der Dezernatssitzungen von der Verwaltung, wie im Antrag gefordert, zeitnah angefertigt werden, damit wenigstens über den indirekten Weg der Sitzungsprotokolle inhaltliche Informationen für die Einzelmandatsträger/innen über die Entscheidungsfindungsprozesse des Rates bereitgestellt werden können, da sie selbst ja nicht mehr Mitglieder der entsprechenden Ausschüsse sind.

Diese Zustände werden von der überwiegenden Ratsmehrheit stillschweigend toleriert. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass in Bezug auf die angestrebte neue Protokollregelung eine kleine Gruppe von Kollegen/innen im Rat für eine zeitnahe Weitergabe der Protokolle an die Stadträte mit abgestimmt hatte. Es wurde aber bei weitem nicht die für eine Änderung der geltenden Geschäftsordnung nötige Zweidrittelmehrheit erreicht! Als Grund für die mangelnde Unterstützung von Seiten der Fraktionen wurde mir nach der Abstimmung offen gesagt, man könne sich nicht vorstellen, dass die Verwaltung in der Lage wäre, binnen Wochenfrist ein Protokoll von den Dezernatssitzungen anzufertigen. (Zur richtigen Einschätzung dieser Situation sei an dieser Stelle erwähnt, dass ich ein Sitzungsprotokoll vom September 2010 erst - oder schon (!?) - am 06.05.2011 erhalten habe!) Dass diese Protokolle zur Beförderung der politischen Arbeit nicht dienlich sind, sondern allenfalls für Ablagen im Archiv geschrieben werden, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Vor diesem Hintergrund ist nun meine Entscheidung zu sehen, bei allen künftigen Ratssitzungen gegen einen Tonbandmitschnitt der Ratssitzung zu stimmen sowie ebenfalls gegen die Herstellung von Bild- und Videoaufnahmen während der Sitzung.

Wenn in keinsten Weise darüber nachgedacht werden soll, wie die neue und für den Trierer Stadtrat einmalige Situation gehandhabt werden kann, in der es nun Einzelmandatsträger/innen gibt, die von allen Dezernatssitzungen und von allen anderen Ausschüssen im Rat ausgeschlossen sind, obwohl sie sich nach Maßgabe ihres politischen Mandates für die Stadt Trier engagieren (wollen) – was ich zumindest im meinem Fall aufrichtig behaupten darf (!) -, so wäre es wohl äußerst naiv, zu glauben, dass ein entgegen kommen auch von meiner Seite gegenüber der Verwaltung und den Medien weiterhin Bestand haben würde.

Es ist nämlich völlig egal, ob ich mich im Stadtrat zu den Verwaltungsvorlagen nicht persönlich, sondern als ein von den Trierer Bürgerinnen und Bürger beauftragter Mandatsträger, politisch äußere - oder nicht. Die Medien sind der Meinung, sie müssten selektiv – und das heißt bisweilen auch gar nicht (!), über die verschiedenen Positionen der Stadträte berichten. Dabei kommt es schon mal vor – worüber ich mich dann auch explizit beschwere, dass Abstimmungsergebnisse referiert werden, ohne dass meine unabhängige Stimme mitgenannt wurde. Von einer „unabhängigen“ und „überparteilichen“ Presse kann daher in Trier seit langem sowieso nicht mehr die Rede sein. Es werden nur die Fraktionen im Rat zu politischen Statements gebeten, die vorab veröffentlicht werden und so suggerieren, dass sowieso schon alles gelaufen sei, was politisch machbar erscheint. Nicht selten kommt es dann auch noch vor, dass die Redakteure anstelle der politisch gewählten Mandasträger/innen, ihre eigenen Entscheidungen verschriftlichen, obwohl ihnen eigentlich nur eine Berichterstattung und Kommentierung der aktuellen Meinungsbildungsprozesse zustünde, wollten sie objektiv, d.h. unabhängig und überparteilich berichten. Vor dem Hintergrund, dass einige gewählte Mandsträger/innen gar nicht die Chance erhalten, ihr „freies Wort“ in einer Demokratie zu sprechen, erscheint es so, als hätten die Redakteure das politische Mandat und ein vermeintliches Vorrecht von den Bürger/innen erhalten, ihre politische Meinung zu artikulieren und nicht die bisweilen „totgeschwiegenen“ Mandatsträger/innen einzelner Parteien.

Um es einmal auch ganz deutlich zu sagen: Ich bin der Meinung, dass politisch radikale Gruppierungen aus Dauer nicht dadurch bekämpft werden können, dass man sie „mundtot“ macht oder schlicht ignoriert, sondern alleine dadurch, dass man gegen den Unsinn explizit eigene Stellung bezieht. Ich möchte jedenfalls nicht zu den Stadträten gehören, denen man eventuell irgendwann sagen muss, sie hätten sich nicht explizit gegen den Rechtsradkalmus zu Wort gemeldet, sondern immer nur stillschweigend weggesehen und sich nie zu Wort gemeldet. Wenn der Verfassungsschutz die NPD verbieten möchte, bitte schön! Solange er das aber nicht tut, kommt es nicht der Willkür des Einzelnen zu, nicht des Oberbürgermeisters und auch nicht der Medien, Verbote auszusprechen, die demokratische Grundrechte aushebeln, indem gesagt wird, weil es den einen Rechten gibt, den wir politisch einschränken wollen, müssen wir das fairer Weise allen gegenüber genauso tun. Solange hier nicht mit Augenmaß politische Unterschied gesetzt werden, die in jeder Demokratie auch zu setzen möglich sind, sondern alle über einen einzigen Kamm geschert werden, der nur zwischen Fraktionen und Bedeutungslos unterscheidet, bin ich nicht mehr bereit, mit den Medien auf dieser Grundlage zu kooperieren. – Man kann Sitzungsprotokolle auch handschriftlich anfertigen, wenn man die politischen Meinungen einiger Räte zitieren will – die der anderen braucht man sich dann „nicht einmal mehr“ anzuhören!

Vor diesem ganzen und freilich auch komplexen Hintergrund bleibe ich zunächst dabei:

Auf der nächsten Stadtratssitzung am 16.06.2011 werde ich bis auf weiteres erstmals gegen den Mitschnitt von Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stimmen.

Johannes Verbeek, parteiloses Mitglied des Trierer Stadtrates